

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Florian Toncar, Dr. Daniel Volk, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Auswirkungen der hohen Energiekosten auf das Reiseverhalten in Deutschland**

Im Jahr 2008 sind nur noch 43,5 Prozent der Bundesbürger in die Sommerferien gefahren, das ist ein Minus von 4,4 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2007. Das ergab eine repräsentative Untersuchung des Europäischen Tourismus Instituts (ETI). Vor allem die gestiegenen Ausgaben für Strom, Gas oder Benzin haben nach dieser Umfrage auf Basis von gut 2 000 Telefoninterviews bei 20 Prozent der Befragten die Reiseplanung beeinflusst. Dabei gaben von denen, die zu Hause blieben, 16 Prozent die höheren Energiekosten als Grund an. Laut ETI-Sommerbefragung haben sich 2008 37,2 Prozent der Befragten im Vergleich zu 32,2 Prozent im Jahr 2007 für einen Urlaub in der Bundesrepublik Deutschland entschieden. Weiterhin zeigt die Tourismusumfrage, dass immer mehr Menschen die Möglichkeit der Internetrecherche und -buchung bei ihrer Reiseplanung nutzen, so dass ein Anstieg von 60,5 Prozent im Jahr 2007 auf 65,1 Prozent im Jahr 2008 erfolgte. Gleichzeitig griffen nur noch 18 Prozent der Deutschen auf die Dienste eines Reisebüros zurück.

Die ETI-Umfrage kommt auch zum Ergebnis, dass der Klimawandel keine Auswirkungen auf das Urlaubsverhalten der Deutschen hatte.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die vorliegenden Ergebnisse der ETI-Umfrage zum Reiseverhalten der Deutschen?
2. Welche Trends im Reiseverhalten der Deutschen lassen sich aus den vorliegenden Umfrageergebnissen ableiten bzw. bestätigen?
3. Fließen die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage in die Politik der Bundesregierung ein?

Wenn ja, in welcher Art und Weise?

4. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die höheren Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland ein entscheidender Grund für die „gedämpfte Reiselust“ der Deutschen sind?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung grundsätzlich, Verbraucher und Wirtschaft von den gestiegenen Energiekosten zu entlasten, um insbesondere auch den Tourismusstandort Bundesrepublik Deutschland langfristig zu sichern und zu stärken?
6. Welche Maßnahmen zur Entlastung von Verbrauchern und Unternehmen wird die Bundesregierung ergreifen, um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken?
7. Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine ähnlich negative Entwicklung zu Lasten der Tourismuswirtschaft infolge gestiegener Energiekosten abzeichnet?  
Wenn ja, mit welchen Maßnahmen begegnen die betroffenen Mitgliedstaaten dieser negativen Entwicklung?
8. Liegen der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse vor, welche gesellschaftlichen Gruppen in besonderer Weise ihr Reiseverhalten aufgrund der gestiegenen Energiekosten verändern bzw. einschränken müssen?
9. Wie bewertet die Bundesregierung die These, dass insbesondere kinderreiche Familien aufgrund gestiegener Energiekosten auf ihren Urlaub verzichten müssen?
10. Wie wird die Bundesregierung dieser Fehlentwicklung entgegenwirken?
11. Wie bewertet die Bundesregierung die Zukunft der mittelständischen Reisebüros in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Buchungsverhaltens der Reisenden?
12. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die mittelständischen Reisebüros in der Bundesrepublik Deutschland sind möglich bzw. plant die Bundesregierung?
13. Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der ETI-Studie, wonach der Klimawandel keinen Einfluss auf das Reiseverhalten der Deutschen hatte?
14. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für ihre Tourismuspolitik?
15. Welche Maßnahmen zur Stärkung der touristischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland plant die Bundesregierung?
16. Wird die Bundesregierung den reduzierten Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie in der Bundesrepublik Deutschland einführen und für die Einführung reduzierter Mehrwertsteuersätze in der Gastronomie auf europäischer Ebene eintreten?
17. Welche positiven Auswirkungen für Verbraucher und Tourismuswirtschaft hat die Einführung reduzierter Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und Gastronomie?

Berlin, den 12. November 2008

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**